

---

**Antragsteller:innen:** Dominik Tristan Kandale, Dorothea Senz-Ndiaye, Matthias Uphoff,  
Ursula Jacob-Reisinger (Kreisverband Lippe)

---

## **Solidarität mit den Beschäftigten des Klinikum Lippe**

Der Landesverband solidarisiert sich mit den Beschäftigten des Klinikums Lippe und unterstützt das Aktionsbündnis Klinikum Lippe bei ihrem Kampf gegen die Schließungen der Stationen Orthopädie und Unfallchirurgie in Lemgo.

Der Landesrat möge beschließen:

1. DIE LINKE NRW spricht sich für den Erhalt der Orthopädie und Unfallchirurgie in Lemgo aus.
2. Der vom Bündnis entworfene Musterbrief wird im Namen des Landesverbandes unterschrieben und an den Lippischen Landrat und die lippischen Kreistagsfraktionen versendet.
3. Auf den Social-Media Kanälen des Landesverbandes wird über das Aktionsbündnis und ihren Kampf gegen die Schließungen der Stationen informiert. Darüber hinaus sollen die geplanten Proteste am 24. und 26. September zu den entscheidenden Ratssitzungen beworben werden. Für die Mobilisierung werden alle Mitglieder über E-Mail-Verteiler über die Protestaktionen informiert und zur Teilnahme aufgerufen.

---

## **Musterbrief**

### **Stoppt die Schließung der Unfallchirurgie und Orthopädie – Solidarität mit den Beschäftigten des Klinikum Lippe**

Sehr geehrter Herr Landrat, Sehr geehrte Kreistagsmitglieder,

Anfang Juni verkündete die Klinikleitung des sich in kommunaler Hand befindlichen Klinikums Lippe ihre Pläne, die Unfallchirurgie und Orthopädie am Klinikstandort Lemgo zum 30. September zu schließen. Zukünftig soll die medizinische Versorgung in diesen Bereichen nur noch durch das Klinikum Detmold gedeckt werden. Seit Bekanntgabe organisieren die betroffenen Beschäftigten mutige Proteste und bauen mit dem Aktionsbündnis Klinikum Lippe eine breite und öffentliche Bewegung gegen die Schließungspläne auf.

Hiermit erklären wir, **xxx**, uns solidarisch mit dem Kampf des Aktionsbündnis Klinikum Lippe für den Erhalt der Unfallchirurgie und Orthopädie. Mit der von der Klinikleitung beschlossenen Schließung der

Abteilungen wird eine Verschlechterung der medizinischen Daseinsvorsorge und eine noch stärkere Arbeitsbelastung für die verbleibenden Beschäftigten im Krankenhaus Detmold folgen. Die Schließungen sind weder im Interesse der Beschäftigten noch der Patientinnen und Patienten.

Die vom Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung beschlossene Schließung der Orthopädie- und Unfallchirurgie verurteilen wir ausdrücklich und fordern die verantwortlichen Gremien und den Landrat Dr. Axel Lehmann als Gesellschaftervorsitzenden auf, die Entscheidung rückgängig zu machen. Wir fordern weiter alle Kreistagsfraktionen im Kreis Lippe auf, zur kommenden Kreistagsitzung am 26. September das Anliegen des Aktionsbündnis Klinikum Lippe für einen Erhalt der Abteilungen zu unterstützen, sollten die Schließungspläne bis zu diesem Zeitpunkt nicht gestoppt werden.

---

### **Begründung:**

Gemeinsam mit dem Krankenhaus Detmold bildet der Standort in Lemgo das Klinikum Lippe, welches als kommunale GmbH geführt wird. Die Teilschließung der Abteilungen begründet die Klinikleitung gegenüber den lokalen Medien mit dem Willen der Bundes- und Landesregierung, *einen Wandel der Krankenhauslandschaft zu erreichen*. Ziel ist der Abbau von angeblichen Doppelstrukturen, um so die Profite auf Kosten der Beschäftigten und Patient\*innen zu maximieren.

Die Schließungen hätten zur Folge, dass durch die Mehrbelastung in Detmold Unfallpatient:innen nicht mehr angemessen versorgt werden könnten und die verbleibenden Beschäftigten der Detmolder Abteilung von Arbeitsüberlastung betroffen wären. Die Anfahrtswege von Patient\*innen im Flächenkreis Lippe würden sich im Norden deutlich verlängern und Rettungswagen würden für bürokratische Verlegungen unnötig von Lemgo nach Detmold gebunden.

Nachdem die Pläne der Klinikleitung bekannt wurden, haben die Beschäftigten Ende Juni eine Demonstration in Lemgo organisiert, an der sich ca. 200 Personen beteiligt haben und eine Petition zur Sammlung von Unterschriften für den Erhalt der Abteilungen gestartet. Auf Anfrage hat sich DIE LINKE Lippe als einzige Partei an der Demonstration beteiligt und im Anschluss die Proteste gemeinsam mit den Beschäftigten in den Stadtrat Lemgo und dem Kreistag Lippe hineingetragen.

Aus diesen Protesten hat sich das Aktionsbündnis gegründet, bei dem sich Beschäftigte, Anwohner, Vertreter der ver.di und politische Organisationen aktuell für den Erhalt der Stationen engagieren. Das Bündnis befindet sich aktuell im Aufbau: Es sind bereits Demonstrationen und Kundgebungen geplant (15. August, 24. und 26. September) zu den wichtigen Sitzungen des Stadtrats und Kreistags, in dem DIE LINKE Anträge für einen Erhalt der Orthopädie und Unfallchirurgie einbringen wird.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Einbindung der arbeitenden Bevölkerung über Gewerkschaften und Betriebsgruppen in der Region. Genoss\*innen der LINKE Lippe und der Linksjugend [solid'] Lippe tragen das Bündnis maßgeblich mit und verbinden den aktuellen Kampf für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung konsequent mit einem Kampf für ein Gesundheitssystem frei von Profitlogik.